

Kein Sicherheitsrabatt mehr für Atomkraftwerke

Interview mit Fabio Longo



☞ Dr. Fabio Longo ist Vizepräsident der gemeinnützigen europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V., Rechtsanwalt und lebt in Marburg.

Foto: © Ulrik Eichentopf

spw: Welche Lehren müssen aus den japanischen Reaktorkatastrophen hinsichtlich der Sicherheitserfordernisse und Risikoeinschätzung deutscher Atomkraftwerke gezogen werden?

» F.L.: Aus sicherheitspolitischen Gründen müssen AKW mit offensichtlichen Mängeln endgültig stillgelegt werden. Z.B. mangelnder Schutz gegen Terror und Flugzeugabstürze dürfen nicht länger hingenommen werden. Deshalb dürfen die durch das Moratorium der Bundesregierung abgeschalteten sieben ältesten AKW und der Pannereaktor Krümmel nie wieder ans Netz gehen. Die Lehre muss sein: Kein Sicherheitsrabatt mehr für Atomkraftwerke. Deshalb muss auch das Ende der übrigen AKW beschleunigt werden. Ein möglichst schneller Atomausstieg ist nicht nur aus sicherheitspolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen erforderlich, da die bestehenden Meiler ein Investitionshemmnis ersten Ranges für hochmoderne erneuerbare Energietechnologien und die Kraft-Wärme Koppelung darstellen.

spw: Was ist vom nun ausgerufenen dreimonatigen Moratorium zu erwarten? Wie sind die angedeuteten Wendungen der schwarz-gelben Bundesregierung in der Atompolitik zu bewerten?

» F.L.: Das Moratorium ist undurchdachter Aktionismus. Die Bundesregierung geht ohne Gesetzesänderung das Risiko ein, Schadensersatz an die Atomkonzerne

zahlen zu müssen. Richtig wäre es gewesen, sofort ein Gesetz auf den Weg zu bringen, um die ältesten Reaktoren rechtssicher still zu legen. Nun ist es wichtig, dass die Abschaltung der Atomkraftwerke nachträglich von einem Gesetz legitimiert wird. Es ist zu hoffen, dass die Bundesregierung die Kraft zu einem solchen Schritt hat und gleichzeitig per Gesetz eine deutliche Verkürzung der Laufzeiten der neueren AKW durchsetzt.

spw: Trotz der gegenwärtigen Aussetzung der im Bundestag beschlossenen Laufzeitverlängerung: Ist der unter Rot-Grün 2000 ausgehandelte „Atomkonsens“ überhaupt noch die geeignete Grundlage, zu der es zurückzukehren lohnt?

» F.L.: Das Ausstiegsgesetz von Rot-Grün hat in Kombination mit dem Einstiegsgesetz EEG das richtige Signal gesetzt. Falsch waren die wirtschaftlichen Zugeständnisse, z.B. bei der weitgehenden Freistellung von Versicherungspflichten der Atomkraftwerksbetreiber. Was wir nun brauchen, ist ein Ausstiegsgesetz mit klaren Fristen, an die sich die Atomkraftwerksbetreiber ohne Spielräume halten müssen.

spw: Wie können die aktuell 22 Prozent-Anteil Kernenergie am deutschen Strommix ersetzt werden und über welchen zeitlichen Horizont sprechen wir?

» F.L.: Die Ausstiegsfristen können heute deutlich kürzer sein. Realistisch für

Literaturtipps zur dezentralen Energie- wende:

Politisch:

Hermann Scheer
Der Energethische Imperativ



1. Auflage 2010, 270 Seiten
Antje Kunstmann Verlag München
ISBN 978-3-88897-683-4, 19,90 Euro.

Rechtlich:

Fabio Longo
**Neue örtliche Energieversor-
gung als kommunale Aufgabe**



1. Auflage.2010, 384 Seiten
Nomos Verlag Baden-Baden
ISBN 978-3-8329-5516-8, 89 Euro

eine sichere Energieversorgung aus heimischen Kraftwerken ist das Ausstiegsdatum 31.12.2016. Parallel dazu muss der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt werden, was heute problemlos möglich ist. Das ist das politische Verdienst von Hermann Scheer, der in der rot-grünen Regierungszeit im Jahr 2000 das EEG durchgesetzt hat. Dadurch sind die erneuerbaren Energien in nur einem Jahrzehnt von damals 5 Prozent auf heute 18 Prozent angewachsen. Die Technologien sind in dieser Zeit deutlich günstiger und effektiver geworden. Da in weiten Teilen Deutschlands die Windkraft politisch blockiert wird, kann diese hocheffiziente Technologie vor allem in den Atomländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen massiv ausgebaut werden. Hierfür müssen die jeweiligen Bundesländer die politischen und raumordnerischen Weichen stellen. Investoren aus der Privatwirtschaft und der kommunalen Energiewirtschaft stehen Schlange und warten nur auf das Startsignal.

spw: Eine Kontroverse auch unter BefürworterInnen erneuerbarer Energien dreht sich um den Grad an nötiger Zentralität bzw. Dezentralität des zukünftigen Energiesystems. Welche Bedeutung kommt Großprojekten wie bspw. Off-Shore-Windparks zu?

» **F.L.:** Das Potenzial von Off-Shore-Windparks wird weit überschätzt. Es ist noch nicht sicher, ob diese Technologie auch auf hoher See dauerhaft zuverlässig funktioniert. On-Shore-Windparks haben diesen Beweis längst erbracht und liefern Strom zu geringeren Kosten als auf hoher See. Wer die Energiewende zügig umsetzen möchte, sollte sich nicht von Großprojekten abhängig machen. Für Norddeutschland ist Off-Shore ein Weg, um die dortigen 6 AKW und die Kohlekraftwerke zu ersetzen. Wer in ganz Deutschland etwas für die Wirtschaft in ihrer gesamten Breite tun möchte – von der Handwerkerschaft über mittelständische Unternehmen und Stadtwerke bis hin zu

Technologiekonzernen –, sollte auf die dezentrale Energiewende mit breit gestreuten Investitionen setzen. Denn in einem zentralistischen Energiesystem profitieren nur die finanzmächtigen vier Energiekonzerne – mit Monopolpreisen auf Kosten der übrigen WirtschaftsteilnehmerInnen. Viel wichtiger als der in diesen Tagen oft erwähnte Ausbau von Hochspannungsleitungen von der Nordsee nach Süddeutschland sind deshalb On-Shore-Windkraftanlagen und dezentrale Speicherkapazitäten. Die süddeutschen Länder sollten sich nun darauf konzentrieren, die Windkraft in ihrem eigenen Land auszubauen, die Solarenergie optimal zu nutzen und leicht regelbare Heizkraftwerke sowie Speicherkapazitäten aufzubauen. Ein erster Schritt wäre die Erstellung eines Katasters für gute Windkraft- und Pumpspeicherkraftwerke. Das Mittelgebirge bietet für beides hervorragende Bedingungen. Es kann nicht ernsthaft der Wille der Südländer sein, von Energieproduktionsstandorten zu de-industrialisierten Agrarstaaten zu werden, die sich vom Stromimport aus der Nordsee abhängig machen. Das EEG hat mit dem Einstieg in die dezentrale Energiewende in nur einem Jahrzehnt über 350.000 Arbeitsplätze geschaffen. Wer jetzt allein auf Off-Shore-Windparks und Hochspannungsleitungen setzt, gefährdet diesen Erfolg für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland.

spw: Dass der Wandel des deutschen Energieversorgungssystems nicht ohne Widerstand zu vollziehen ist, ist kein Geheimnis. Wie könnte das Oligopol der großen vier Energieversorgungsunternehmen aufgebrochen und mit welchen AkteurlInnen die Energiewende progressiv gestaltet werden?

» **F.L.:** Zentraler Schlüssel dafür ist die Investitionsautonomie durch das EEG. Dadurch hat jede Bürgerin, jeder Bürger, jeder mittelständische Unternehmer und jedes Stadtwerk die Freiheit gewonnen, in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu

investieren. Das EEG hat dazu geführt, dass sich niemand beim Energiekonzern eine Erlaubnis für die Netzeinspeisung holen muss. Es besteht ein Anspruch auf Netzzugang und eine kostendeckende Vergütung. Anstatt das EEG zu schwächen, wie in den letzten Jahren mehrfach geschehen, muss die diesjährige Novelle des EEG für den Durchbruch der erneuerbaren Energien genutzt werden – einschließlich der Solarenergie. Zur Förderung der Speichertechnologien benötigen wir einen Speicherbonus im EEG, um z.B. Anlagen zur Produktion von Erdgas (Methan) aus überschüssiger Wind- und Solarenergie marktreif zu machen. Damit einhergehen muss eine Offensive für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Da die größte Herausforderung der Energiewende im Bereich der Energieversorgung des Gebäudebestandes liegt, brauchen wir im Zuge der Novelle des Baugesetzbuches ein gut ausgestattetes Städtebauförderprogramm „Solare Stadt“ als Stärkung des Programms „Soziale Stadt“. Denn die Energieknappheit mit ständig steigenden Öl- und Gaspreisen entwickelt sich zu einem der größten sozialen Probleme dieses Jahrhunderts. Wir haben die Wahl: Entweder heute Impulse setzen für ein sich mittelfristig durch Energieeinsparung selbst tragendes Konjunkturprogramm des Stadtumbaus oder abwarten bis wir in die wirtschaftliche und soziale Krise hineinschlittern. ■

☞ Das Interview führten Michael Reschke und Stefan Stache.